

V12 Sofortige Wiederaufnahme der „Disability Studies“ am ZeDiS in Hamburg und Sicherung einer ausreichenden langfristigen Finanzierung dieses wichtigen Studienganges

Antragsteller*in: Hauke Damerow

Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

- 1 Anfang des Jahres wurde die Forschungsstelle für Disability Studies (ZeDiS)
- 2 geschlossen. Alle Beschäftigten wurden entlassen. Zusammen mit der Disability
- 3 Studies Stelle in Köln schließen zwei von nur 3 Forschungsstellen in
- 4 Deutschland, die zu diesem wichtigen Thema forschen.
- 5 Dies ist ein fatales Signal für Inklusion und gesellschaftlicher Teilhabe aller
- 6 Menschen.
- 7 Disability Studies ist einer der wenigen Studiengänge in Deutschland, in dem
- 8 behinderte und nicht-behinderte Menschen zusammen am Abbau von Barrieren und der
- 9 Verbesserung von Inklusion forschen und arbeiten. Behinderung wird eher als ein
- 10 gesellschaftliches Problem betrachtet; von einer Gesellschaft, die unnötige
- 11 Barrieren aufgebaut hat und so bestimmte Menschen in ihrer gesellschaftlichen
- 12 Teilhabe einschränkt, anstatt Behinderung ausschließlich zu individualisieren,
- 13 wie es sonst oft gemacht wird.
- 14 Die Grüne Jugend Hamburg soll sich, noch stärker als sie es schon tut, für die
- 15 schnelle Wiedereröffnung und sichere ausreichende langfristige Finanzierung des
- 16 ZeDis einsetzen. Vor allem diese Forderung auch stärker bei den Grünen
- 17 thematisieren. Die GJ Hamburg unterstützt offiziell den offenen Brief und die
- 18 Petition der ZeDiS Beschäftigten und unterstützt diese in ihrer Bündnisarbeit.
- 19 Allgemein setzten wir uns für volle Inklusion ein.
- 20 In einer Zeit, in der der Rechtsruck auch immer stärker behinderte Menschen
- 21 trifft, steht die GJ Hamburg für volle Inklusion und zeigt sich mit allen
- 22 behinderten Menschen solidarisch, die von Teilen der Gesellschaft ausgegrenzt
- 23 werden oder Hass erfahren.

Begründung

Diese Entscheidung fällt in eine Zeit, in der Behindertenfeindlichkeit leider wieder in der Mitte der Gesellschaft ankommt und die rechtsextreme AfD immer offener gegen behinderte Menschen hetzt. Besonders schockierend sind aktuelle Aussagen der CDU-Politikerin Kristina Schröder, die meint „persönliche Assistenz für behinderte Menschen könne sich die Gesellschaft nicht mehr leisten“. Wir sagen: Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht, daran darf niemals gespart werden!